



Medien im Wahlkampf

Mazedonien hat gewählt. Nachdem das Parlament, wie von den beiden Regierungsparteien sowie der albanischen Oppositionspartei gefordert, im April dieses Jahres seine Selbstaflösung beschlossen hatte, war der Weg für Neuwahlen geebnet. Der Ausgang der Abstimmung war absehbar: Die konservative VMRO-Partei von Ministerpräsident Nikola Gruevski erhielt die Mehrheit.

Den Wahlen ging jedoch ein Abstimmungskampf voraus, der von Gewalt zwischen der Regierungs- und Oppositionspartei der albanischen Minderheit gezeichnet war und einem Land mit EU-Kandidatenstatus sicherlich nicht würdig ist. Ziel der Angriffe waren unter anderem auch die Medien. Nur wenige Tage vor den Wahlen wurden Transmitter der beiden unabhängigen Medienstationen TV Alsat und TV Art (Partner der medienhilfe) gestohlen. Es war kein Kollateralschaden, sondern die Tat zielte bewusst darauf, die Meinungs- und Informationsfreiheit vor den Wahlen einzuschränken.

Für politische Parteien sind Wahlkampagnen das wichtigste Mittel, um ihre Programme darzustellen und die Wähler zur Unterstützung ihrer Kandidaten zu mobilisieren. Für die Bevölkerung stellen bei Wahlen aber lokale Medien die wichtigste Informationsquelle dar: Sie bilden das Gegenstück zur Selbstdarstellung der politischen Parteien.

Selbstverständlich bieten Medien Parteien und Kandidaten ebenfalls eine Plattform, um politische Ansichten zu verbreiten. Ihre primäre Aufgabe ist es aber, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren. Ihre Wirkung beschränkt sich nicht nur auf die Stärkung politischen Interesses und aktiver Partizipation. Vielmehr liegt es in der Verantwortung unabhängiger, professioneller Medien, über eine reine, wenn auch ausgewogene Informationsvermittlung hinaus politische Inhalte kritisch zu hinterfragen, eigene Themen zu lancieren, Diskussionen zu provozieren, politische Programme zu analysieren - kurz, Bürgerinnen und Bürger genügend Informationen zu liefern, dass diese die Qualität der Kandidaten und derer Programme und Versprechungen selbst einschätzen können. Medien sind Informationsträger, Vermittler zwischen Politik und Gesellschaft, aber sie haben auch eine Kontrollfunktion.

Die letzten Wahlen in Kosovo, Serbien und Mazedonien, welche zwischen November 2007 und Juni 2008 stattgefunden haben, haben bedauerlicherweise gezeigt, dass die dortigen Medien sich dieser Verantwortung noch viel zu wenig bewusst sind. Es fehlt an traditionellen Vorbildern, aber vor allem an Konditionen, die eine solche Aufgabe ermöglichen. Meist sind lokale Medien somit kaum mehr als ein Sprachrohr von Regierungen oder politischen Parteien. Nehmen sie allerdings ihre Rolle als "Wachhund" ernst, setzen sie sich der Gefahr aus, Ziel von gewalttätigen Angriffen zu werden. Nicht nur im mazedonischen Wahlkampf war dies zu beobachten, sondern auch immer wieder in Serbien und Kosovo.

Dass sich ein couragiertes Auftreten durchaus lohnen kann, zeigte sich aber auch bei den vergangenen Regierungs- und Parlamentswahlen in Serbien. In Ortschaften, in denen Medien emanzipiert und selbstbewusst aufgetreten waren und sich nicht von politischen Parteien instrumentalisieren liessen, wurde überzeugend pro-europäisch gewählt. Trotz der Ereignisse in Kosovo und deren Auswirkungen auf Serbien erhielt die Koalition von Präsident Boris Tadic die meisten Stimmen. Bei den erwähnten Medien handelte es sich fast ausnahmslos um Partner der medienhilfe. Das ist erfreulich und zeigt einmal mehr, dass sich ein langfristiges Engagement auszahlt.

Carole Gürtler, medienhilfe.

Wahlen in Mazedonien

Gewalttätige Zwischenfälle im Wahlkampf und eine unprofessionelle Berichterstattung - Mazedonien muss sich internationaler Kritik stellen

Seite 2

Medienkampf in Serbien

Die serbischen Medien haben bewegte Zeiten hinter sich - doch ein Ende des Ausnahmezustands ist noch immer nicht in Sicht.

Seite 3

Zigeunerkulturwoche

Auf dem Schütze-Areal in Zürich werden drei von der medienhilfe mitfinanzierte Filme von und über Roma gezeigt.

Seite 4

Im Interesse der Wahrheit

Die Belgrader Fernsehstation B92 bietet ihre Dokumentarfilme über vergangenes Kriegsgeschehen Schulen und Bibliotheken an.

Seite 5

Erfolgreiche Roma-Produktionen

Die Roma-Produktionen "The Judge" und "Rubina" stiessen auf grosses Interesse am Dokumentarfilmfestival in Zagreb.

Seite 6

Gewalt überschattet den Wahlkampf

Die vorgezogenen Neuwahlen in Mazedonien gingen leider nicht ohne Zwischenfälle über die Bühne. Auch das Verhalten der Medien ist zu kritisieren.

Das Parlament Mazedoniens entschied frühmorgens am 12. April, sich aufzulösen und am 1. Juni vorgezogene Neuwahlen abzuhalten. Die Initiative dazu war von der grössten albanischen Oppositionspartei "Demokratische Union für Integration" (DUI) ausgegangen und wurde von den beiden regierenden Parteien "Demokratische Partei der Nationalen Einheit" (VMRO) und "Demokratische Partei der Albaner" (DPA) unterstützt.

Premierminister Nikola Gruevski brief die Wahlen nach dem sogenannten "Namensstreit" mit Griechenland ein. Das Veto Griechenlands hatte eine Einladung an Mazedonien, der Nato beizutreten, verhindert.

Gruevski hatte argumentiert, das Parlament hätte ineffizient gearbeitet und die Opposition nur Obstruktionspolitik betrieben, anstatt die für den Beitritt zu Nato und EU notwendigen Reformen voranzubringen. Er ging davon aus, dass die VMRO-Partei die Mehrheit erreichen würde, sodass seine Regierung die absolute Macht ausüben könnte. Die sozialdemokratische Opposition SDSM und viele Experten riefen hingegen die Parlamentsmitglieder dazu auf, gegen eine Parlamentsauflösung zu stimmen. Dadurch würden nur die Verhandlungen mit Griechenland auf's Spiel gesetzt, und wichtige politische Entscheidungen wie beispielsweise die Anerkennung des Kosovo und dessen Grenzziehung, aufgeschoben. Die Wahlkampagnen waren von gewalt-

tätigen Auseinandersetzungen überschattet, denen eine verschärfte Rivalität zwischen den beiden grossen albanischen Parteien zugrunde lag. Seit Ankündigung der Neuwahlen sind mindestens zehn Regionalbüros der DUI-Partei angegriffen worden. Den Höhepunkt der Gewalt bildete der Mordversuch an DUI-Führer Ali Ahmeti.

Die Wahlbestimmungen verlangen von den Medien, allen Kandidaten gleiche Bedingungen für die Präsentation ihres politischen Programms zu gewährleisten. Das Parlament wird verpflichtet, Richtlinien für die Wahlberichterstattung aufzustellen. Allerdings kam die Auflösung des Parlaments dem zuvor, sodass der Rundfunkrat aus eigener Initiative handelte. Am 18. April verabschiedete er seine eigenen Richtlinien, die aber keinerlei rechtliche Verbindlichkeit hatten.

Die OSZE und die NGO Infocentar (Media Mirror) führten ein Monitoring der Berichterstattung in Fernsehen und Zeitungen durch. Der OSZE zufolge hatten alle politischen Parteien Zugang zu den Medien, aber in den meisten Medien liess sich ein Ungleichgewicht feststellen. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen und seinem Mandat als öffentlich-rechtlicher Sender zeigte das nationale Fernsehen MTV-2 - und in einem geringeren Ausmass auch MTV-1 - eine Voreingenommenheit gegenüber den Regierungsparteien, und zwar sowohl in Bezug auf die aufgewendete Sendezeit wie auch auf den dabei angeschlagenen Tonfall. Ähnlich verhielt es sich beim Privatsender TV Sitel. Im Gegensatz dazu zeichneten Kanal 5, A1 und Alsat-M ein vergleichsweise ausgeglicheneres Bild der

Wahlkampagnen.

Media Mirror zufolge berichteten einige Medien intensiv über die Tätigkeiten der Regierungsmitglieder, welche die Kandidatenliste der Koalition "Für ein besseres Mazedonien" anführten. Media Mirror zufolge zeigt dies, dass die Medien nicht unabhängige Berichtersteller, sondern aktiv in die Wahlkampagne involviert waren, ohne letztlich zwischen Koalition und aktueller Regierung klar zu differenzieren.

Die albanischsprachigen Medien zeigten sich gegenüber den Ereignissen und Entwicklungen im mazedonischen politischen Block grösstenteils desinteressiert. Sie berichteten wenig oder gar nicht über die Aktivitäten der beiden Koalitionen.

Ein schwerwiegender Vorfall wurde als Versuch gewertet, gewisse Medien zum Schweigen zu bringen: In Tetovo wurde das technische Equipment vom nationalen Sender TV Alsat-M und von TV Art gestohlen. Internationale Donatoren und Organisationen im Bereich Medienentwicklung - darunter die medienhilfe - wie auch der OSZE-Gesandte in Mazedonien, Erwan Fouere, verurteilten den Diebstahl aufs Schärfste. Es handle sich um eine feige Tat im Vorfeld der Wahlen, die zum Ziel habe, eine Atmosphäre der Angst zu schaffen. "Diese Tat hat direkte Auswirkungen auf die Medienfreiheit", sagte OSZE-Gesandter Fouere.

Am Wahltag selbst erreichten die gewalttätigen Vorfälle mit einem Toten und acht Verletzten ihren Höhepunkt. Die OSZE Beobachtermission zog den Schluss, dass internationale Standards nicht eingehalten wurden: In den vorwiegend von Albanern bewohnten Gebieten verunmöglichten gewalttätige Störungsversuche den Wählern vielerorts die freie Ausübung ihres Wahlrechts. In 68 Wahllokalen des Gebietes mussten die Wahlen daher am 15. Juni wiederholt werden.

Die VMRO schaffte es zwar, die überwältigende Mehrheit im neuen Parlament zu gewinnen, aber der Staat demonstrierte erneut seine Unfähigkeit, demokratischen Ansprüchen genügende Wahlen zu organisieren. Die EU hat bereits signalisiert, dass diese Wahlen einen entscheidenden Einfluss auf den EU-Beitrittsprozess haben werden.



Der Transmitter von TV Alsat-M und TV Art vor (links) und nach der Tat.

Samir Ljuma, medienhilfe

Ausnahmezustand ohne Ende

Mit den vergangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wie auch der unilateralen Unabhängigkeitserklärung Kosovos haben die serbischen Medien bewegte Zeiten hinter sich. Ein Ende der "Ausnahmesituation" ist jedoch nicht absehbar.

Die aussergewöhnlichen Umstände, mit denen sich serbische Medien in den letzten sechs Monaten auseinandersetzen mussten, sind im Grunde das Ergebnis jahrelanger, ungelöster, bisweilen nicht einmal angesprochener Probleme: Bereits die nach Milosevic erste demokratische Regierung Serbiens unter Premierminister Zoran Djindjic hielt ihre Wahlversprechen zu notwendigen Medienreformen nicht ein. Nach Djindjics Ermordung konnte gar beobachtet werden, wie aus der Stagnation der demokratischen Reformen ein Rückschritt wurde, der sich nicht nur äusserst negativ auf die Gesellschaft auswirkte, sondern auch ganz direkt auf die Medien.

In den zunehmend von Politikern dominierten Medien gab es ab 2007 nur ein Hauptthema: Kosovo. Andere dringende Anliegen der Zivilgesellschaft blieben dabei auf der Strecke. Der Mythos Kosovo wurde von ultranationalistischen Kräften mit Hilfe der Medien instrumentalisiert. Gegner, die sich dazu kritisch äusserten, wurden als unpatriotisch denunziert und mit Hasstiraden beschimpft. Unterhaltungssendungen wie Talk- und Gameshows sowie Boulevardzeitungen wurden zur politischen Bühne, auf der Politiker unterschiedlichster Couleur sich selbst und ihre extremistischen Meinungen darstellen konnten. Statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung erlagen die Medien billigem Populismus, der schliesslich auf der Strasse in gewalttätigen Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppierungen gegen Anhänger des pro-europäischen Lagers seinen Ausdruck fand.

Die ansonsten verfeindeten Journalistengewerkschaften konnten sich zwar für einmal auf einen gemeinsamen Verhaltenskodex einigen, doch kam es - wie bei vielen medienrelevanten Gesetzen und Verordnungen - letztlich nicht zur Umsetzung. Gleichzeitig schränkte die staatliche Regulierungsbehörde die redaktionelle Freiheit des eigentlich öffentlich-rechtlichen, de facto aber staatlich kontrollierten nationalen Senders RTS noch mehr ein

und forderte, dass Parlamentssitzungen wieder in voller Länge übertragen werden müssten. Premierminister Kostunica gab Interviews nur an die staatliche Nachrichtenagentur Tanjug. Das Beispiel machte Schule: Auch in der Provinz begannen Politiker ausschliesslich mit Medien zu kommunizieren, die in Besitz und unter Kontrolle lokaler Behörden standen.

Ende 2007 verabschiedete das Parlament zusätzlich eine Reihe von Gesetzen, die der bisherigen Privatisierungspraxis der Medien diametral entgegenstanden und die Medienszene weiter schwächten. In diese Zeit fallen auch die Präsident-

politische Loyalitäten. Sogar als Protestdemonstrationen in Belgrad in Ausschreitungen gegen Botschaften, ausländische Firmen und lokale Boutiquen ausarteten, unterliessen es die Medien nicht, zusätzlich Öl ins Feuer zu giessen. Die Randalierer unterschieden allerdings nicht zwischen regierungsfreundlichen, "patriotischen" oder unabhängigen, "ausländischen" Medien: Beinahe alle Reporter, Fotografen und Kameralleute wurden zur Zielscheibe, Dutzende Medienvertreter in der Folge verprügelt und deren Ausrüstung beschädigt.

Nach einem mehr als fünf Jahre dauernden kontroversen Prozess vergab die



Wahlplakate in Serbien.

Copyright BETA

schaftswahlen. Die Einflussnahme professioneller PR-Agenturen nahm in der Politik wie in den Medien markant zu. Denn Geldknappheit, Korruption und mangelnde Professionalität belasteten die Medien und verhinderten eine professionelle Arbeit, so dass es für PR-Agenturen leicht war, bereits vorfabrizierte Artikel in den gewünschten Medien zu platzieren oder Sendezeiten bei grossen TV-Sendern zu kaufen. Die Konsequenz: Passive Medien entstanden, die kaum mehr eigene Reportagen produzierten. Selbst die Debatte der Präsidentschaftskandidaten, die einzig auf RTS übertragen wurde, verkam zur Farce: Ohne Publikumsbeteiligung und gegenseitige Interaktion und ohne auf konkrete Fragen reagieren zu müssen, konnten die Kandidaten ihre Programme präsentieren.

Im Februar 2008 erhitzte zusätzlich die einseitige Unabhängigkeitserklärung Kosovos die Gemüter in Serbien. Die Mehrheit der Medien berichteten darüber kaum anders als in Stereotypen, beeinflusst durch das tagespolitische Geschehen und

Regulierungsbehörde schliesslich anfangs 2008 noch in einer letzten Runde Hunderte lokaler Lizenzen an Radio- und TV-Stationen. Damit wurde die bereits hohe Anzahl an Sendern legitimiert, was die Überlebenschancen meist kleiner, unabhängiger Medienstationen weiter verringerte. Doch auch dies fand in den Medien kaum Beachtung, denn Parlaments- und Regionalwahlen standen bevor. Der Abstimmungskampf dominierte bereits wieder alle Medien, ohne dass diese jedoch ihre passive Haltung geändert hätten: Schmutzige, anonyme Wahlkampagnen waren an der Tagesordnung. Es überraschte niemanden mehr, dass sich die Medienleute kaum an die Regeln politischer Berichterstattung hielten.

Die Lage hat sich seither kaum verändert. Der "Dauer-Ausnahmezustand" beherrscht noch immer die Medienlandschaft. Ein Ende ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Der aktuelle Zustand wird allgemein als normal betrachtet.

Dragan Kremer, medienhilfe

IMPRESSUM

Herausgeberin: medienhilfe

Postfach, CH - 8031 Zürich

Tel. +41 / (0)44 272 46 37

Fax +41 / (0)44 272 46 82

info@medienhilfe.ch

Postcheckkonto: 80-32253-9

Bankkonto: Zürcher Kantonalbank

ZKB ZH Aussersihl 1120-0027.533

Verantwortlich: Lena Wanitsch,

Carole Gürtler

Das medienhilfe-info erscheint 4 bis 6 mal jährlich. Es geht an die Mitglieder des Vereins medienhilfe.

Druck: Druckerei Peter & Co., Zürich

Adressänderungen an

medienhilfe, Postfach, CH-8031 Zürich

Zigeunerkulturwoche

Wie bereits in vorangegangenen Jahren findet auch dieses Jahr die Zigeunerkulturwoche statt. Vom 9. - 12. Juli bietet sich auf dem Schützeareal in Zürich (Nähe Escher-Wyss-Platz) die Möglichkeit, verschiedene Seiten der Kultur der Jenischen, Sinti und Roma kennenzulernen.

Gezeigt werden unter anderem drei von der medienhilfe unterstützte Filme: Aus Rumänien **“Fernando”** und **“Rubina”** (vgl. Seite 6) sowie **“Ni dza, ni bu”** aus Serbien. In **“Fernando”** lässt ein Roma-Junge in Rumänien die Zuschauer an seinen Zukunftsträumen teilhaben; **“Rubina”** thematisiert das Leben der Roma-Aktivistin Rubina Ferariu in der Spannung zwischen ihrem Einsatz für die Roma-Gemeinde und traditionellen Rollenerwartungen; **“Ni dza, ni bu”** dokumentiert die Situation junger Roma in Nis und die Bemühungen eines engagierten Roma, junge Leute für eine bessere Schulbildung zu motivieren. Die Filme entstanden innerhalb des **Roma Media Co-Production Fund**, dessen Ziel es ist, auf nationaler und internationaler Ebene die Zusammenarbeit von Roma-Medien mit grossen Leitmedien zu stärken. Dadurch soll die Berichterstattung über Roma in den Medien verbessert, Stereotypen abgebaut und die Integration der Roma in die Gesellschaft gefördert werden.

Die drei Filme werden am Donnerstag, 10. Juli ab 22 Uhr gezeigt. Weiter bietet die Zigeunerkulturwoche jeden Abend ab 20 Uhr Live-Musik mit den Gruppen *Zidoni*, *Pumclik*, *Talisman Group* und *Aliev Bleh Orkestar*; Kurzreferate und Podiumsdiskussionen, ein Flohmarkt sowie vegetarische und Grillspezialitäten vervollständigen das Programm. Weitere Informationen unter: www.zigeunerkultur.ch

Neu im Team der medienhilfe

Mitte Februar 2008 hat das Team der medienhilfe in Zürich Zuwachs erhalten: **Lena Wanitsch** unterstützt als Assistentin die Geschäftsleitung in administrativen Bereichen sowie im Fundraising und der Kommunikation. Im Sommer 2007 schloss sie ihr Studium in Ethnologie, osteuropäischer und allgemeiner Geschichte ab. Im Anschluss daran lernte sie in einem sechsmonatigen Aufenthalt in Istanbul Türkisch und machte ein Praktikum bei der **“Stiftung für Geschichte”** (Tarih Vakfi). Ihre langjährige Mitarbeit als Sekretärin bei der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ermöglichte ihr, im NGO-Bereich erste Erfahrungen zu sammeln. Zur medienhilfe führte sie u.a. das Interesse an Südosteuropa.



medienhilfe
unabhängig, professionell, engagiert
...dank Ihrer Unterstützung

Friedensförderung durch Brücken der Verständigung

Micheline Calmy-Rey,
Bundespräsidentin:
“Mein Departement hat die medienhilfe vorab im Bereich Friedensförderung schätzen gelernt. In der mehrjährigen Zusammenarbeit hat sich die medienhilfe als kompetente Partnerin erwiesen. Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Unterstützung einen wesentlichen friedensfördernden Beitrag zu Pressefreiheit, Meinungsvielfalt und Vergangenheitsbearbeitung leisten.”

